

Sonntag, 12. November - Ein Leserbrief von Michael Pfeiffer

Michael Pfeiffer

Köln, 12. Nov. 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Krause,

herzlichen Dank dafür, dass Sie das Grundsatzurteil unseres BVerwG Leipzig vom 3. Nov. 2011 sachlich aufgreifen.

Einer der beiden Petenten (neben Herrn Wolfgang H. aus Salzgitter) war ich selbst. - In meinem Fall handelt(e) es sich um eine öffentliche Petition an den 16. Deutschen Bundestag zwecks rein (MORALISCHER) Rehabilitierung, d.h. konkret: alleiniger Wiederherstellung von EHRE und REPUTATION (!) der SBZ-Opfer/1945-49.

Diese - meine - öffentliche Petition bot auch keinerlei Anlass zur Verklärung und/oder Missdeutung hinsichtlich meines Petitionsbegehrens: Wiederherstellung von EHRE und REPUTATION war der alleinige Gegenstand und rein gar nichts anderes.

Exakt dieses - mein - Beschwerdebegehren hatte der Pet.-Ausschuss zunächst (vordergründig) auch so erkannt - vgl. unter : "Stand der Bearbeitung : abgeschossen / Begründung" (diese Antrags- Begründung ist öffentlich verlinkt – s. rechte Spalte):

"Die Rehabilitierungsgesetze sollten daher umgehend geändert werden, damit die Ehre und Reputation redlicher und NS-unbelasteter Deutscher wieder hergestellt werden könne." (Zitat-Ende.)

Weiter heißt es dann aber in dieser Zurückweisungs begründung (Zitat) :

"Dabei ist jedoch eine Enteignung nach der so genannten demokratischen Bodenreform oder eine Industrieenteignung als solche einer Rehabilitierung nicht zugänglich, weil sämtliche Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage in den Jahren 1945 bis 1949 nicht mehr rückgängig zu machen sind." (Zitat-Ende – zur vollständigen Ablehnungsbegründung s. r.Sp.)

Der Sachverhalt - auf Basis zweier (-2-) Stellungnahmen seitens des BMJ - wurde m.E. hier vollständig verweigert - denn es wurde genau nicht auf die unbestreitbare und unbestrittene politische Verfolgung (d.h. : Wiederherstellung von EHRE und REPUTATION) abgestellt, sondern ausschließlich auf materielle Werte, d.h. Eigentums- resp. Enteignungsfragen...

Insgesamt wurden m.E. also nicht nur das Informationsfreiheitsgesetz, sondern auch Art. 17 Grundgesetz (Petitionsrecht) "mit Füßen getreten" - denn als Petent hatte resp. habe ich einen expliziten Anspruch auf sachliche (!) Prüfung meiner Beschwerde einlassung. - Eine sachliche Prüfung hatte m.E. im vorliegenden Fall in keiner Weise stattgefunden, weil der Sachverhalt

[**F 8** u. rechte Maustaste für Einstellungen]*(Leserbrief Michael Pfeiffer, Köln, 12.11.2011)*

Zum Link der Bundestags-Petition vom 03.01.2008 Nr.: 4-15-07-352-031194
<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=p petition;sa=details;petition=553>

[Link zur ablehnenden Beschlussbegründung des Petitionsausschusses v. 22.06.2010,](#)
 vom 26.06.2008; Nr. 359_begr_16-00238

insgesamt vollständig verweigert wurde, indem ausschließlich auf Enteignungsfragen abgestellt wurde. +++ q.e.d. +++

...schön also, dass RA Dr. Wasmuth und Herr Kempe diesen unsäglichen "Dingen" rechtsstaatlich auf den Grund gehen ! - Die Stellungnahmen seitens des BMJ werden ganz sicherlich - analog zu meiner öffentlichen Petition für die SBZ-Opfer/1945-49 - (ebenfalls) keinen Anlass zur weiteren Missdeutung oder weiteren Verklärung des Sachverhaltes bieten, so denke ich !

Mit freundlichen Grüßen aus Köln
gez.
Michael Pfeiffer
(Petent)

PS:

Hinsichtlich - dieser - meiner öffentlichen Petition ...hatte ich den seinerzeitigen Spitzenkandidaten zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft/2008, Herrn Kulturstatsminister a.D. Dr. Michael Naumann öffentlich unter "abgeordnetenwatch.de" befragt.

Dr. Michael Naumann

03.01.2008

(Zitat)

"Sehr geehrter Herr Pfeiffer,

meine Haltung zur den unglaublichen Vorgängen nach der "Wende" innerhalb der Regierung Helmut Kohls anlässlich des Umgangs mit den Folgen der sogenannten "Bodenreform" in der SBZ vor 1949, und das heißt, mit ihrer nachträglichen Legitimierung durch den Bundestag hat sich nicht geändert. Als Chefredakteur der ZEIT habe ich das meinige getan, um die skandalösen Umstände der entsprechenden Gesetzgebung darzustellen. Dass bisher alle möglichen Rechtsverfahren in dieser Sache gescheitert sind, ändert nichts an meiner Einschätzung." (Zitat-Ende)

(©, www.WiROZ.com, 11.11.2011, Leipzig)

Vgl. zum Leitartikel in:
DIE ZEIT vom 29.01.2004,

Naumann,

[„Am Anfang der Einheit stand eine Lüge“](#)

- „Wie die Regierung Kohl aus Eigennutz die Enteignungen in Ostdeutschland legitimierte und die Verfassung verbog“